



## **Dokumentation zum Dialogtag #JugendMACHT des Dritten Engagementbericht**

---

2. Juli 2019, HIIG

Am 2. Juli 2019 hat die Geschäftsstelle des Dritten Engagementberichts einen Dialogtag veranstaltet, an dem 13 junge Engagierte aus verschiedenen Kontexten teilnahmen. Gemeinsam mit Vertreterinnen der Sachverständigenkommission diskutierten die Jugendlichen ihre Ideen und Forderungen für die Engagementpolitik. Das Ergebnis der Arbeit dieses Tages ist das folgende Positionspapier, das aus Mitschriften von Diskussionen und Arbeitsgruppen durch die Geschäftsstelle am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft verschriftlicht wurde. Die Aussagen dieses Papiers sowie einzelne Zitate beziehen sich demnach auf die Aussagen der Teilnehmenden.

## **Zum Status Quo des jungen Engagements: Motivationen, Ziele, Potentiale und Hindernisse**

Die treibenden Motivationen für Engagement sind vielfältig. Zentral ist die Rolle **sozialer Komponenten**, also das Erleben von Zusammenhalt und eines positiven Miteinanders in **Gemeinschaft** mit anderen Engagierten. Dabei sei es schön, ein Vorbild zu sein, andere zu motivieren mitzumachen und sich auch als junger Mensch Mitbestimmung zuzutrauen. Bekannte können Anlass sein, sich einer Organisation oder einer Engagementform anzuschließen. Auf ähnliche Weise sind neue positive Bekanntschaften ein wichtiger Grund, engagiert zu bleiben.

**“Ich bin die Zukunft, ich werde sie erleben. Ich möchte sie so gestalten, wie ich will.”**

Weitere zentrale Motivationen sind das Erleben von **Selbstwirksamkeit**, die Reflektion der eigenen Rolle sowie eigener Privilegien in der Gesellschaft und der Stolz über das eigene positive Wirken, das zu einem positiven Selbstbild führt. Chancengleichheit und eine gerechtere Gesellschaft, in der jede Gruppen - auch Minderheiten - eine Stimme erhalten, werden als Triebkräfte genannt.

**“Ich habe gemerkt, ich bin privilegiert - aber ich will das gar nicht. Ich will mich engagieren, damit das nicht so bleibt.”**

Akuter Auslöser für Engagement ist ebenso der **Frust** und die **Unzufriedenheit mit der bestehenden Bildung und Politik**. In der Schule gehe es zu wenig um zentrale und zukunftsweisende Gesellschaftsfragen. Ein Kritikpunkt am politischen Betrieb ist die häufig auf ihre Eigeninteressen gerichtete Agenda - wie die eigene Wiederwahl - die zu wenig an zentralen Sachthemen ausgerichtet sei. Als eine Generation, die die **Zukunft** der kommenden sechs Jahrzehnte voraussichtlich erleben wird, denken die Teilnehmenden groß: Sie wollen die Welt verbessern, indem sie die massiven Probleme der Jetztzeit aktiv mit lösen.

Sie wollen politische Entscheidungen nicht den Berufspolitiker\*innen überlassen, sondern helfen, einen positiven Wandel voranzutreiben und durch kollektive Selbstbestimmung Gesellschaft und Demokratie mitgestalten. Sie drücken eine **Enttäuschung** gegenüber institutionellen Partizipationsprozessen aus, die sie als junge Menschen ansprechen, jedoch nicht über eine **“Scheinpartizipation”** und **“Alibijugendbeteiligung”** hinauswirken, beispielsweise wenn zu alte Repräsentant\*innen (Ü30) für junge Generationen sprechen oder stets dieselben jungen Menschen eingeladen werden und zu Wort kommen. Dennoch: Die Hoffnung trotzdem gehört und der Wunsch ernst genommen zu werden überwiegen im Vergleich zu allem Frust.

Den Erfolg eigener Aktionen zu erleben sei natürlich motivierend, aber dem wurde entgegengehalten, dass gerade der Austausch mit Nicht-engagierten ("außerhalb der Bubble von Gleichgesinnten") inspirierend sei, da ihr Unverständnis oder fehlendes Handeln ein wichtiger Grund sei, sich noch mehr ins Zeug zu legen um andere mitzureißen.

**"Mein Engagement heute hier zu sein kommt daher, dass ich die Chance sehe etwas zu sagen, etwas mitzuteilen, was mich bewegt, weil ich weiß, im Bundestag werden die das lesen und vielleicht sagen: die Idee ist nicht schlecht."**

Spaß als Motivator wurde erst recht spät im Gespräch erwähnt und vor allem als Freude am Gemeinschaftsgefühl betont.

Die Ziele im Engagement der jungen Teilnehmenden changieren zwischen sehr konkreten, alltäglichen und lokalen Zielen, größeren politischen Zielen und eher gesamtgesellschaftlichen abstrakten Zielen. Gerade in langfristigem Engagement wie bei der Jugendfeuerwehr, ist ein Ziel der Aufbau eigener Kompetenzen - im Dienst wie in der Jugendarbeit.

**"Wenn es in meiner ländlichen Gegend kein ehrenamtliches Engagement gäbe, gäbe es mein Dorf und meine Welt so nicht. Ich weiß nicht wie ich drauf wäre, wenn es mein Engagement nicht gäbe."**

Gerade im ländlichen Raum sei das Engagement der Jugendfeuerwehr eine wichtige Säule zur Verbesserung der Daseinsvorsorge. Ein zentrales Ziel des lokal ausgerichteten Ehrenamtes vor Ort, wie in der Jugendfeuerwehr, sei die Gewinnung von Nachwuchs für die Feuerwehr- sowie Jugendarbeit, die vielen jungen Menschen Entwicklungschancen, Kompetenzen für ihr weiteres Leben und sozialen Anschluss bietet. Die Herangehensweisen seien hier breiter geworden: es gehe beispielsweise in der Jugendfeuerwehr nicht allein um dezidierte Feuerwehraufgaben, sondern ebenso darum, Werte zu vermitteln, beispielsweise in Demokratiebildungsseminaren.

Für Jugend rettet geht es um konkrete politische Ziele, wie sichere Fluchtwege nach Europa und eine geregelte Seenotrettung im Mittelmeer. In Konsequenz daraus wolle man Druck auf die Politik aufbauen und verstehe sich als gesellschaftliches Gewissen, weshalb es nicht zuzulassen sei, dass Menschen im Mittelmeer sterben.

In der Arbeit des youpaN sei das Hauptziel, Jugendpartizipation zu stärken und sich zu überlegen, wie Bildung nachhaltig werden kann.

## Die Rolle der Digitalisierung im jungen Engagement

“Ohne Internet läuft im Engagement nichts!”

Nach Aussage der Teilnehmenden ist das Internet für viele Bereiche ihres Engagements zentral. Sie sehen und zelebrieren neue Möglichkeiten, die mit der Digitalisierung für ihr Engagement bestehen. Man nutze WhatsApp und andere Messenger zum Vernetzen, Google Drive für die Dokumentenverwaltung, finde sich in neuen Engagementgruppen über Facebook zusammen, verwende Webseiten oder Instagram zur Außendarstellung oder für Fotokampagnen - wie beispielsweise in einer Initiative zur Absenkung des Wahlalters. Für einige der Engagierten ist Twitter ein wichtiges Medium zum Interessenaustausch und zur Vernetzung. Zur internen Orga helfen Tools wie Slack. Jugend hackt nutzt beispielsweise eine Open Source Alternative zu Slack (<https://zulipchat.com>), die nach den Bedürfnissen der Organisation selbst aufgesetzt wurde. Nach Einschätzung einiger Teilnehmenden sei die Digitalisierung für die interne Kommunikation in Netzwerken von Engagierten noch wichtiger als für die Kommunikation nach außen, zur Öffentlichkeit oder mit potentiellen Interessenten. Ein Beispiel für die Effektivität des digitalen Wissensaustausches ist der digitale [Entschuldigungs-Generator](#), mithilfe dessen sich Schüler\*innen der Fridays for Future-Bewegung individuelle Entschuldigungen herunterladen können, die auf einschlägige Gründe für die Anerkennung des Schulstreiks als Entschuldigung hinweisen. Mittlerweile wird es von vielen Schulen als legitime Entschuldigung anerkannt.

Einige Teilnehmende sprachen über Erfahrungen mit “Shitstorms” auf Twitter, wie im Fall einer Kampagne gegen Autos in Großstädten.

“Das Fell wird dicker bei Begegnung mit Kritik.”

Die Erfahrung mit negativen Kommentaren sei anfangs schwer auszuhalten - dann helfe die Unterstützung von Familie und Freundschaftsnetzwerken. Gerade bei polarisierten politischen Themen erlebe man direkten Hass und persönliche Angriffe. Die mediale Kommunikation verleite manche Menschen dazu, zum Beispiel auf Twitter Dinge zu sagen, die ihnen im direkten Kontakt unangebracht erscheinen. Weiter erhöhe die digitale Kommunikation das Risiko für Missverständnisse, wobei diese aus Sprachbarrieren als auch durch die nicht für jede\*n deutbare Kultur des Digitalen herrühren können.

“Die digitale Welt prägt unser Denken und Sprechen.”

Genauso kennen die Teilnehmenden Berührungspunkte mit Desinformation, beispielsweise in Bezug auf die Entwicklungen für Kurden in der Türkei. Hier können

geschützte oder durch ein privates Netzwerk vertrauenswürdige digitale Räume helfen, um bessere Informationen zu erhalten.

Trotz der Betonung der zentralen Funktion des Digitalen für ihr Engagement, sehen die Teilnehmenden auch Hindernisse und Verbesserungspotential für das Engagement in einer digitalen Welt.

Ein Problem sei, dass man "in seiner Bubble" bleibe. Es sei schwer andere Gruppen zu erreichen, die man bisher noch nicht kennt oder mit anderen Meinungen in Berührung zu kommen. Engagierte und ihre Organisationen folgten sich über soziale Medien wechselseitig, aber darüber hinaus andere Menschen zu erreichen sei wesentlich schwerer, als man denke.

Allgemein sehen die Teilnehmenden die Kommunikationskultur des Internets auch kritisch. Zu viel Unwichtiges spiele eine Rolle, zu schnell würden falsche Informationen Relevanz erhalten. Wie echt ist die digitale Welt? Zu vieles sei Marketing und überhöhte Eigendarstellung, was einen Druck erzeuge sich zu verändern oder an sich zu zweifeln. Authentizität im Digitalen sei vielmehr eine Verkaufsstrategie als ein positives Selbstbild.

Viele Teilnehmenden kennen das Gefühl von Überarbeitung und Probleme sich von einer kontinuierlich passierenden Kommunikation zum Engagement abzugrenzen. So sehr sie ihr Engagement lieben und verschiedene Projekte unterstützen wollen, erleben sie es als Herausforderung, sich nicht in immer Neues hineinziehen zu lassen bis der Überfluss zur Überforderung wird.

**"Immer vernetzt zu sein kann Dich krass fertig machen. Du grenzt Dich nicht mehr ab und fühlst Dich unter Druck das alles zu machen. Man denkt immer, man muss antworten."**

Verschlüsselung und Datensicherheit ist ein Thema, das die Teilnehmenden beschäftigt. Es ist ihnen klar, dass Facebook beispielsweise die Metadaten ihrer WhatsApp Kommunikation erhält und weiternutzen kann. Gleichzeitig gäbe es ein Dilemma zwischen Niedrigschwelligkeit, Inklusion und Sicherheit, da nicht jede\*r neue Mitstreiter\*in bereit wäre, sich eine neue Messenger App zuzulegen. Dennoch suchen und kennen sie Alternativen, wie beispielsweise [Discord](#) - ein Chatdienst für Gamer. Auch die Überwachung durch staatliche Organe macht den Jugendlichen in Bezug auf ihre politische Kommunikation Sorgen - oder dann, wenn sie politische Werbung auf Facebook bekommen und sich fragen, was die gezielte Werbung für einzelne Gruppen für eine gesellschaftliche Wirkung haben wird.

Inklusion ist auch in der Hinsicht relevant, als dass andere in ihrem Umfeld teils kein Handy haben oder digital nicht involviert seien und damit den Anschluss an das Engagement verlieren würden, das zunehmend über digitale Medien organisiert wird.

Andererseits sei es unter der Voraussetzung geringer Ressourcen eine große Erleichterung, über digitale Medien überhaupt neue Zielgruppen zu erreichen.

**“Krass, was Rezo für einen Impact hatte.”**

Die Teilnehmenden werden sich der Wirkungsmacht digitaler Kommunikation bewusst und nehmen dies als großes Potential wahr, um Veränderung anzustoßen. Gleichzeitig macht ihnen das Angst - schließlich könne auch von rechten Gruppen versucht werden, über ähnliche Mittel Meinungsmacht zu generieren. Eine Teilnehmerin berichtet, dass für sie das Internet der einzige Berührungspunkt mit rechtem Gedankengut sei.

**“Auf Instagram ist alles Friede Freude Eierkuchen, wenig rechte Vollidioten, wenn man nicht danach sucht. Auf Twitter geht es schnell zu Sache, ich gehe auf einen Hashtag und will da nur wieder weg.”**

Allgemein beschreiben mehrere Teilnehmende, dass sie die Negativität der digitalen Kommunikationswelt manchmal herunterzieht, ihnen Kraft nimmt und sie deprimiert. Sich negativen Realitäten zu stellen sei wichtig, aber man brauche auch Hoffnung und positive Bilder der Zukunft. Diese würden im Digitalen oft fehlen.

Bei allen Vorzügen der digitalen Vernetzung - allein würde sie nicht bestehen. In den Erfahrungen mancher Teilnehmenden sei es zum Beispiel in Bezug auf Engagement gegen Antisemitismus und Rassismus zentral, sich vor Ort zu treffen und Face-to-Face zu sprechen.

**“Ich halte Face-to-Face für so krass. Gerade gegen Rassismus, Antisemitismus ist das super wichtig, da kannst Du digital nicht so viel erreichen.”**

Letztlich herrscht Einigkeit: es gehe nie um entweder digital oder nicht, sondern darum, beides immer zusammen zu denken.

## **Unterstützung und Hindernisse für junges Engagement**

Junge Engagierte erleben ein sehr gemischtes Bild aus Rückenwind und Steinen im Weg. Ihre Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit (Bundes-)Ministerien beschreiben sie als schwierig. Sie erleben die Strukturen als sehr hierarchisch, langsam, festgefahren, stur und wenig offen für neue Ideen. Sie empfinden häufig einen Unwillen zur Zusammenarbeit und zur Öffnung breiterer Jugendbeteiligungsprozesse und bewerten dies als implizite Abweisung ihres Engagements.

Andererseits beschreiben die Teilnehmenden auch viele Organisationen, die sehr offen sind für ihr Engagement, wo sie sich ernsthaft gehört fühlen.

In der Jugendfeuerwehr sei das Bild ebenso zwiespalten. Man erfahre einerseits viel Unterstützung, vor allem intern, wo ein Umbruch stattgefunden habe. Unterstützung erfolgt intern - auch mit Geldern -, damit Jugendliche sich beteiligen und etwas auf die Beine stellen und auch politische Arbeit leisten.

Gleichzeitig kämen dennoch viele in der Feuerwehr nicht raus aus einem konservativen Denken und sähen die Vorteile von politischer Jugendarbeit nicht. Gesellschaftlich erfahre man Unterstützung, weil die Arbeit der Feuerwehr sehr greifbar sei, andererseits sei es nicht einfach zu erklären, wie die Jugendfeuerwehr funktioniere und die Öffentlichkeit sei manchmal skeptisch, da sie die selbständige Arbeit von Jugendlichen nicht gewohnt ist.

**“Bundestagsabgeordnete verstehen das teilweise nicht, was für ein Großteil an Daseinsvorsorge von uns ehrenamtlich übernommen wird.”**

Vielerorts hätten die Engagierten der Jugendfeuerwehr Vorteile bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen, beispielsweise bei der Sparkasse oder der Landesregierung, was unter anderem durch Empfehlungen oder Kontaktnetzwerke realisiert werde. Feuerwehr-Engagierte, die handwerklich begabt sind, erhalten über die lokalen Stellen der IHK bevorzugt Lehrstellen.

Ein Punkt der mangelnden Unterstützung bezieht sich auf die Entlohnung von Bundesfreiwilligendienstlern. Ein Betroffener unter den Teilnehmenden berichtet, dass er Hartz IV beantragen muss, weil das Geld, das er erhält, nicht mal für die Miete reiche. Dabei gehe es nicht um eine Bereicherung, sondern um eine Ermöglichung des Engagements die unabhängig vom Einkommen der jeweiligen Eltern ist. Es wird Unverständnis darüber laut, warum der Zivildienst früher mit etwa 700 Euro monatlich entlohnt wurde, während man für ein freiwilliges soziales Jahr heute nur 350 Euro erhalte.

Allgemein wird angemerkt, dass es unverständlich sei, warum das Engagement von Jugendlichen so unterschiedlich anerkannt und honoriert würde. Sowohl bei der Jugendfeuerwehr als auch bei Jugend rettet ginge es darum Menschen aus Notsituationen zu retten.

**“Aber die einen bekommen Lehrstellen, andere werden kriminalisiert und vom Staat überwacht.”**

Das Bild, das die Vertreter\*innen von Jugend rettet beschreiben, ist noch extremer gespalten. Einerseits erhalte man viel Unterstützung und Spenden in Höhe von Hunderttausenden von der Öffentlichkeit, von der Regierung jedoch keine Gelder und nur zögerliche Anerkennung von deutschen Amtsträgern (wenn überhaupt). Stattdessen würde die Schiffbrücke ihres Rettungsschiffes abgehört, man erlebe

Spionage von der italienischen Staatsanwaltschaft, Versuche ihre Arbeit zu stören, die Beschlagnahmung des Bootes wegen angeblicher "Schlepperei" und Ermittlungen gegen zehn Crewmitglieder. Von Seiten des deutschen Staates gab es bislang keine Einmischung zur Verteidigung der in Deutschland gegründeten Rettungsorganisation, deren Gemeinnützigkeit anerkannt wurde. Neben den Repressionen von staatlicher Seite in Italien, erhalten die Engagierten von Jugend rettert Morddrohungen. Bis zu 100 konkrete Morddrohungen zähle man bis jetzt, was die Adressaten psychisch "total fertig" mache. In etwa mit den Vorfällen der Silvesternacht in Köln 2015 seien die Reaktionen der Öffentlichkeit zu ihrer Rettungsarbeit gespaltener und teils feindselig, da sich die Wahrnehmung von Geflüchteten als Gewalttäter, deren Rettung nicht wünschenswert sei, in Teilen der Bevölkerung gefestigt habe.

Ihr Motto sei jetzt: geduldig Widerstand leisten und auf Verbesserung der Lage warten. Jugend retter sei komplett ehrenamtlich aufgestellt und wolle es auch bleiben, was Probleme berge, da sie einen Druck zur Professionalisierung und zur Kooperation mit Hauptamtlichen erleben.

Diejenigen, die sich an den Demonstrationen von Fridays for Future beteiligt haben, erleben sehr unterschiedliche Reaktionen von Seiten der Schule. Manche berichten, dass das Lehrpersonal mit ihnen auswärtigen Unterricht auf den Demos als Ausflug verbuchen konnten. Anderen wurde gedroht, dass sie kein Abschlusszeugnis erhalten, sofern sie durch die Demonstrationen Fehlstunden ansammeln. Die Frage, ob die Schulen die Demonstrationen entschuldigen sollten, sehen die Teilnehmenden gespalten. Manche sind der Meinung, dass gerade der Regelbruch den zivilen Ungehorsam und damit die Aussagekraft der Aktion ausmachen würde, auch wenn damit ein Risiko für eine Sanktion verbunden ist. Andere in der Gruppe bringen gegenläufige Meinungen zum Ausdruck:

"Wenn ich auf eine Demo gehe, ist das auch Bildung! Demokratiebildung, Nachhaltigkeits- und Biologieunterricht. Das könnte sich doch im Unterricht widerspiegeln, wird aber von Lehrenden nicht aufgenommen. Dabei könnte man tollen Unterricht daraus machen."

"Ich meine, es geht um die Welt! Es geht um die ganze Welt, nicht nur ums Scheißabitur! Da hilft mir kein Abitur, wenn ich in 20 Jahren nicht mehr auf der Erde leben kann."

Aus der Diskussion zu Hindernissen und Unterstützung entwickelten die Teilnehmenden erste **Forderungen**: Sie wünschen sich eine stärkere Aufklärung über junges Engagement. Engagement soll eine größere Plattform gegeben werden, die ermöglicht auch der Politik ein besseres Verständnis davon zu geben, was Jugendliche in ihrem Engagement bewegt. Gleichzeitig sehen die Teilnehmenden



auch den Bedarf, dass sich Jugendorganisationen im Engagement untereinander stärker vernetzen. Jugendliche seien in ihrer Expertise und ihrem Beitrag zur politischen Debatte unterschätzt. Die Politik solle ihre Macht nutzen, Aufmerksamkeit für junges Engagement zu schaffen und Agenda Setting für dessen Zielerreichung zu betreiben.

### **Über welche gesellschaftlichen Entwicklungen machen sich junge Menschen in ihrem Engagement Sorgen?**

Die Teilnehmenden machen sich Sorgen um die allgemeine Verfassung der deutschen Demokratie. Sie erleben, dass es immer weniger Bereitschaft gäbe, andersartige Gruppen zu verstehen und damit eine Verschlechterung der Diskussionskultur.

Weiter beschäftigt sie die Ungleichheit und fehlende Diversität im Engagement selbst. In vielen Bereichen, wie der IT-Szene des Engagements, seien die meisten weiß und männlich und vor allem dominiere eine männliche Kommunikationskultur. Auch im Engagement existiere Diskriminierung. In der Flüchtlingshilfe beispielsweise müssen man realisieren, dass gerade Betroffene Expert\*innen seien, die stärker und gleichberechtigt im Engagement vertreten sein müssten. Menschen in machtvollen Positionen des Engagements müssten lernen, zurückzutreten, um den eigentlichen Expert\*innen - den Betroffenen - Raum zu geben, denn nicht ein Studium zähle, sondern die gelebte Erfahrung.

Engagement sei nur für privilegierte Jugendliche umsetzbar. Man brauche Strategien, um nicht nur Gymnasiast\*innen zu erreichen, aber das bedeute viel Arbeit und Ressourcen, denn nicht jeder könne sich leisten engagiert zu sein. Man müsse erst einmal die Zeit für Engagement haben, die viele Jugendliche für die Arbeit oder Schule bräuchten. Keinem Engagement nachzugehen bedeutet mitnichten ein Desinteresse oder Gleichgültigkeit, sondern häufig schlicht ein Mangel an Zeit oder zu viele andere Verpflichtungen.

Ebenso problematisch empfinden die Teilnehmenden einen zunehmenden Druck zur Selbstoptimierung. Sie spürten von Seiten der Schulen und der Gesellschaft hohe Erwartungen der Individualisierung, Optimierung ihrer Leistungen, und Selbstoptimierung. Neben Praktika ab der siebten Klasse und Konkurrenzdruck in der Schule bliebe wenig Zeit für gesellschaftliches Engagement.

### **Probleme angehen und Potentiale ausbauen**

In einer zweiten Phase des Tages haben die Teilnehmenden Probleme für das junge Engagement und Potentiale für eine Abhilfe identifiziert:

1. Starre Förderstrukturen verändern
2. Hass und Schweigen begegnen
3. Der rechten Szene im Engagement entgegenwirken

4. Anerkennung und Wertschätzung für Engagement und neue Formen des Engagements stärken
5. Neue Möglichkeiten der Mitsprache gestalten
6. Jugendbeteiligung so verändern, dass sie mehr als ein Selbstzweck ist
7. Politik und politische Sprache verständlicher machen
8. Mehr Transparenz in der Politik und der Verwaltung als Grundlage der Beteiligung schaffen
9. Bildung und Erziehung mit Engagement verbinden
10. Die Flexibilität und Vielfalt des Engagements als Potential begreifen
11. Räume für Jugendliche und ihr Engagement schaffen und neu gestalten (physisch und digital)
12. Ungleichheit entgegenwirken und Diversität im Engagement stärken

Aus diesen Problem- und Potentialfeldern wurden von den Teilnehmenden sieben ausgesucht, an denen sie konkret gearbeitet haben, um Lösungsvorschläge und Forderungen vorzubringen.

## **Forderungen von jungen Engagierten**

**Forderung 1: Engagement muss frühzeitig in Bildung und Erziehung integriert werden.**

Die Idee:

Die Schule als Engagement-Kontaktstelle: Der gesellschaftliche Lernort Schule solle durch die Vernetzung mit Engagement-Organisationen erweitert werden. Unterrichtseinheiten über und mit Engagement sollen ein Bestandteil des Schulunterrichts werden. Die Teilnehmenden schlagen vor, dass eine **Netzwerkstelle an Schulen** geschaffen wird, die sich mit **lokalen gemeinnützigen oder politischen Organisationen, NGOs oder Bewegungen des Engagements vernetzt**, um diese im Unterricht und an Projekttagen vorzustellen und **gemeinsam praktische Kennenlern-Projekte zu realisieren**. Schule sollte nicht durch das Schulgebäude begrenzt sein, sondern das Lernumfeld sollte einbezogen werden. Über eine **Steuergruppe aus Lehrpersonen, Sozialpädagog\*innen und Schüler\*innen** soll eine Organisationsstruktur der Vernetzung geschaffen werden. Engagement sei an vielen Stellen eine sehr wertvolle Möglichkeit, Lehrinhalte mit praktischem Handeln zu verbinden und so die positive Lernerfahrung gleichzeitig mit dem Interesse an bürgerschaftlichem Engagement zu steigern. Sie wünschen sich, dass die jeweilig schulpolitisch zuständige Stelle - wie die Senatsverwaltung in Berlin - die Schulen ihres Landes dazu verpflichtet, Engagement in den Schulalltag zu integrieren. Die Schüler\*innen sollen auf diesem Wege mit verschiedenen

Formen des Engagements frühzeitig in Kontakt kommen, selbst Vorschläge machen können und ihrerseits wählen dürfen, welche Form des Engagements sie in einer der Unterrichtsstunden oder Projekttag kennen lernen wollen. Dieser Ansatz dürfe nicht als Verpflichtung zum Engagement verstanden werden - dieses sei langfristig nach wie vor freiwillig. Die Vernetzung ermögliche lediglich einen Punkt zum Verstehen und Kennenlernen verschiedener Engagementformen, die sonst für viele junge Menschen unbekannt bleiben. Auch im Rahmen des Schulalltags sollte Engagement jedoch nicht mit Noten bewertet werden, wodurch die Erfahrung im Engagement sich auch vom sonstigen Leistungsdruck positiv abheben könnte.

Die bestehende Lehr- und Lernform "Lernen durch Engagement" (engl. service learning), welche die Idee aufgreift, Engagement in den Unterricht zu integrieren, wird von der [Stiftung Lernen durch Engagement](#) in Deutschland verbreitet. Beispielsweise lernen Schüler\*innen der dritten Klasse im Schulgartenunterricht und Sachkunde Kräuter und deren Verwendung kennen und bauen eine Kräuterspirale in einem Wohnheim für Menschen mit Behinderung, um sie für frische und gesunde Ernährung zu sensibilisieren. An diesem Modell zeige sich, dass die Berührung mit Engagement den freiwilligen Einstieg durch das Kennenlernen und erste Erfahrungen fördert. Weiter machten die Schüler\*innen eine Erfahrung mit der Anerkennung für ihr Engagement, da die Projekte jeweils mit einem Zertifikat belohnt und mit einer Feier abgeschlossen werden. Ein weiteres Projekt, das hier bereits aktiv ist, ist [Dialog macht Schule](#). Auch dieses Format, in dem aktuelle politische Entwicklungen mit externen Fachleuten besprochen werden, wünschten sich die Teilnehmenden als Pflichtunterricht, bei dessen Ausgestaltung auch die Schüler\*innen Vorschläge machen könnten.

Darüber hinaus wünschen sich die Teilnehmenden Politik als Hauptfach in der Schule und sehen darüber viel Potential politische Bildung und zentrale Themen des jungen Engagements in ganz verschiedenen Schulfächern fortlaufend und praktisch zu integrieren. Sie wünschen sich, dass die Ideen der [Bildung für Nachhaltige Entwicklung](#) (wie beispielsweise die UNESCO sie formuliert) sich viel stärker im Schulalltag niederschlagen. Auch digitale Medienkompetenz müsse als Teil der politischen Bildung Schulalltag werden. Die Aus- und Weiterbildungen des Lehrpersonals müssten dringend diesbezüglich angepasst werden. Wichtig seien weitere demokratische Strukturen der Schule selbst - wie die Schüler\*innenvertretung - zu stärken und gesellschaftliches Engagement auch in der Schule zu honorieren: durch verbesserte Noten oder Freistellung für Engagement. Engagement sei in vielen Fällen eine effektive Form der Demokratiebildung, die auch im Bildungssystem anerkannt werden müsse.

Die Teilnehmenden sehen in dieser veränderten Integration von gesellschaftlichem Engagement im Schulalltag ein großes Potential der Prävention gegen Hass,

Diskriminierung und Sexismus, da mit dem Engagement früh positive Werte vermittelt werden könnten.

#### Unterstützende Ideen:

- **Die Schulgebäude müssen neu gestaltet und neu gedacht werden.** Es müsse mehr Grünflächen, offene Räume und damit verbunden flexiblere Unterrichtsformate geben.
- **Auch in der Schule Zeit für Ruhe und Reflexion schaffen.** Morgens sollte man erst mal ankommen können - nach Beginn der Schule sollte es etwas Zeit geben, um in Ruhe zu meditieren, zu lesen oder Musik zu hören. Zu lernen bei sich selbst anzukommen, wäre eine wichtige Fähigkeit, die auch in der Schule vermittelt werden sollte und für die Aufnahmefähigkeit positive Effekte habe.

#### **Forderung 2: Engagement von jungen Menschen muss stärker und in seiner Vielfalt anerkannt werden.**

Generell formulieren die Teilnehmenden den Wunsch, dass auch alltägliche oder neue Formen von Engagement - auch die digitalen - gesellschaftlich mehr wertgeschätzt und anerkannt werden. Dabei ist es natürlich schwierig, jede Form des Engagements zu "messen" oder zu belegen. Generell sollte jedoch die Offenheit für verschiedene Formen des Engagements steigen und auch unkonventionelle Formen sollten Engagierte für Ehrungen oder Anerkennungen qualifizieren. Um dies zu ermöglichen, sollte ein Gremium für junges Engagement mit über die Anerkennung von Engagementformen für Ehrungen oder Begünstigungen entscheiden und so auch das "unsichtbare" Engagement, beispielsweise jenes von Müttern, stärker honorieren können. Die Teilnehmenden haben einige Ideen, wie eine Anerkennung für das Engagement von Jugendlichen besser zur Geltung kommen könne.

#### Die Ideen:

- **Anerkennung durch Politik:** Die Politik (beispielsweise in Form der Ministerien oder der Kommunalpolitik vor Ort) sollte in ihrer **Öffentlichkeitsarbeit** stärker auf junges Engagement eingehen und dieses durch Auszeichnungen oder Preise loben oder ehren - dies gäbe es bereits mancherorts, diese Anerkennungskultur müsse aber viel stärker werden.
- **Stärkung von Freiwilligenkarten:** Bestehende Freiwilligenkarten, wie beispielsweise die [Ehrenamtskarte in Berlin](#), werden kaum genutzt und sind von Kommune zu Kommune unterschiedlich. Dadurch bringen sie in der Erfahrung der jungen Engagierten kaum Vorteile. Sie sollten, wie die Juleica

(die Jugendleiter\*innen Card), deutschlandweit funktionieren und niedrighschwellige Modelle für junges Engagement bieten (200 Stunden im Jahr sind für Schüler\*innen oder Studierende kaum schaffbar). Es sollte einen einheitlichen Ehrenamtsausweis für ganz Deutschland geben, wobei die Länder sich jeweils darum kümmern, welche Vergünstigungen in ihrer Region angeboten werden.

- **Berücksichtigung des Engagements bei Schulabschlussarbeiten:** Prüfungen (wie die Präsentationsprüfung im Abitur) sollten sich auch auf ein selbst durchgeführtes fachrelevantes Engagementprojekt beziehen können, welches verschriftlicht wird und im Vortrag erläutert werden kann.
- **Engagement als Pluspunkt im Auswahlverfahren:** Engagement könnte auch formal eine höhere Rolle bei der Vergabe von Lehrstellen und Studienplätzen spielen.

Trotz dieser Ideen zur Anerkennung des Engagements wurde von manchen Teilnehmenden sehr stark betont, dass Engagement für sie etwas freiwilliges sei, dass sie auch unabhängig von jeder Anerkennung weiter betreiben würden - allein, um etwas zu bewegen. Bei den konkreten Ideen gehe es nicht um eine Entlohnung, sondern um Begünstigungen, die eine Anerkennung als Dankeschön signalisieren und das sei motivierend und wichtig. Gleichzeitig müsse man im Blick behalten, dass jede Form des Engagements anders, aber gleich wichtig sei und mit dieser Form der Anerkennung niemand ausgegrenzt werde.

### **Forderung 3: Die Förderstrukturen für junges Engagement müssen verbessert werden.**

Gerade für junge Engagierte ist es oft schwierig Förderungen zu akquirieren. Die Förderstrukturen im Engagementbereich bilden zu wenig die Bedarfe der jungen Engagierten ab.

#### **Die Ideen:**

Einerseits brauche es weniger projektbezogene, sondern langfristige Förderungen, die es ermöglichen, unabhängig von Projekten dauerhaftere Strukturen und Maßnahmen aufzubauen und aufrechtzuerhalten. Besonders "gelungene" Projekte sollten auch langfristig mit Mitteln ausgestattet werden. Gleichzeitig steigt der Bedarf an flexibleren Förderstrukturen, die schnell und unkompliziert ermöglichen, ein neues Engagement zu starten.

Denkbar wäre beispielsweise eine unkomplizierte "Kleinstförderung" im Engagement, die personenbezogen und mit wenig bürokratischem Aufwand junges Engagement ermöglicht. Anforderungen könnten beispielsweise sein:

- Förderung für Personen unter 25 Jahren, die lokal oder digital ein Engagementvorhaben über einen überschaubaren Zeitraum darlegen
  - In der Förderung enthalten sind Reisekosten, Sachaufwendungen und Organisationskosten
  - Der Antrag in Form einer kurzen Vorhabensbeschreibung mit Meilensteinen
  - Als Dokumentation reichen die Belege und ein öffentlicher Blogpost
- **Antragsfrust:** Besonders unzufrieden sind die jungen Engagierten mit den Anträgen für Förderungen: Diese verschlingen sehr viel Arbeit, die sonst ins Engagement fließen könnte. Bei einer Absage fehlen Geld und Zeit gleichermaßen. Anträge sollten weniger bürokratisch, kürzer und einfacher gestaltet werden.
  - **Feedback vorab:** Darüber hinaus wünschen sich die Teilnehmenden ein vorgelagertes Interessenbekundungsverfahren, das dialogischer arbeitet und schneller klar werden lässt, ob eine Initiative für eine Förderung geeignet ist und was erfüllt sein muss, um sie zu erhalten.
  - **Schlanke Doku:** Ein weiter wichtiger Punkt wäre es, die Dokumentation von Förderprojekten oder Initiativen zu erleichtern. Hier seien es beispielsweise Forderungen wie quantitative Nachweise für Erfolg, die die Dokumentation sehr aufwendig machen. Auch qualitative Fortschrittsbelege sollten hier anerkannt werden. Hier wäre es ebenso wichtig, dass "Scheitern" neu definiert wird und es bei jungem Engagement einen stärkeren Geist gibt, statt nur auf sicheren, messbaren Erfolg hinzusteuern, auch Neues auszuprobieren. Dafür sollte es eine entsprechende Förderung geben.
  - **Zusammenarbeit stärken:** Kooperationen sollten in diesen Förderangeboten nicht verboten, sondern im Gegenteil erwünscht und unterstützt werden.
  - **Offen und öffentlich:** Öffentliche Projekte sollten stärker angehalten werden, ihre technischen Werkzeuge in offenen Formaten zu entwickeln, zu nutzen und Produkte zur öffentlichen Verfügung stellen zu müssen. So können diese unter öffentlichen Lizenzen von anderen Initiativen weiter genutzt werden.
  - **Förderung als bunter Strauß:** Generell könnte Förderung damit nicht nur finanzieller Art sein, sondern auch in Daten, Beratung und Austausch zum Ausdruck kommen.
  - **Längeres BAföG für Engagement:** Engagement an der Hochschule (beispielsweise im AStA) erlaubt den längeren Bezug von BAföG von 1-2 Semestern. Nach dem selben Prinzip könnten auch andere Formen des Engagements, die außerhalb der Hochschule stattfinden, durch längere Bezüge gefördert werden.
  - **Keine Überwachung:** Wichtig ist den Teilnehmenden ein Verbot, Projekte - vor allem im Bereich der Demokratieförderung - einem Screening durch den

Verfassungsschutz zu unterziehen. Dies zerstöre wechselseitiges Vertrauen und sei eine abschreckende Hürde, sich überhaupt zu bewerben.

- **Unabhängige Entscheidungen:** Letztlich sehen die Teilnehmenden es als Problem, dass Förderentscheidungen abhängig von aktueller Politik und Regierungszusammensetzung sei. Hier bräuchte es unabhängige Abteilungen, die die Fördergelder verteilen.

#### **Forderung 4: Ungleichheit, Diskriminierung und Fremdenhass im Engagement muss gemeinsam begegnet und vorgebeugt werden.**

Unterrepräsentierten Gruppen müssen innerhalb von Engagementorganisationen eine gleichberechtigte Stimme gegeben werden. Diversität muss in innerorganisatorischen Entscheidungsprozessen stärker berücksichtigt werden - beispielsweise indem auf eine Frauenquote, eine Jugendquote und auf eine repräsentative Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund geachtet wird. Hier sei es wichtig, dass privilegierte Vertretende im Engagement lernen, von sich aus Verantwortung an unterrepräsentierte gesellschaftliche Gruppen abzugeben und selbst zurückzutreten.

Gleichberechtigung und Chancengleichheit in der Gesellschaft wie im Engagement sind zentrale Werte für die Teilnehmenden. Sie sehen rechtspopulistisches Engagement und diskriminierende oder fremdenfeindliche Tendenzen in Engagementorganisationen als gesellschaftliches Problem, dem viele Akteur\*innen gemeinsam etwas entgegen müssen und sehen einen großen Bedarf, sich diesbezüglich stärker zu organisieren und zu unterstützen. Wichtig sei hier einerseits, dass Organisationen mit einem hohen Grad an Bewusstsein ihre eigenen Strukturen und Mitgliedsverhältnisse reflektieren. Andererseits könnten journalistische Recherchen zu Fremdenhass, Ungleichheit und Diskriminierung im organisierten Engagement wichtige Erkenntnisse zu Problemen und Stärken des Sektors zu Tage befördern.

#### **Die Idee:**

##### **Ziviler Kodex für Vielfalt, Respekt und Gleichberechtigung**

Vereine und Stiftungen sollten einen Kodex für Vielfalt und einen Code of Conduct in ihrer Organisation unterzeichnen und umsetzen. Die Politik könnte hier unterstützen, indem sie mehr Bewusstsein über das Problem der fehlenden Diversität in Engagementorganisationen schafft und Vorschläge für solch einen Kodex und Code of Conduct bereitstellt. Diesem können sich Engagementorganisationen anschließen oder auf dessen Basis eigene Kodizes entwickeln.

Unabhängig von sonstigen Vereins- oder Organisationszwecken, sollten sich alle im Engagementsektor offen zu einer solidarischen, offenen und gleichberechtigten Gesellschaft bekennen. Dieses Bekenntnis sollte gleichsam eine Förderbedingung sein.

#### Unterstützende Ideen:

- **Anti-Diskriminierungsberatungen für Vereine:** [Antidiskriminierungsstellen](#) des Bundes sollten spezielle Beratungsangebote für Vereine und Engagementorganisationen anbieten, die helfen mit Diskriminierung intern umzugehen oder ihr vorzubeugen.
- **Zusammenschluss der Organisationen:** Im Engagement sollten sich Organisationen mit verschiedensten Zwecken (von Sport bis Kultur) für Aktionen gegen Fremdenhass und Diskriminierung zusammenschließen. Diese können analog wie digital gestaltet werden. Es gibt hier zahlreiche Beispiele, wie den unfreiwilligen Spendenlauf gegen Rechts in [Wunsiedel](#), oder digitale Initiativen von [Reconquista Internet](#) bis [ichbinhier](#), mit denen Kooperationen wünschenswert sind. Gerade soziale Medien können ein wichtiges Instrument des Antifaschismus sein, um kollektiv gegen Hass und Diskriminierung aufzutreten und ein offenes und tolerantes Weltbild entgegenzuhalten.
- **Konkretes Vorgehen bei Diskriminierungs-Vorfällen:** Im Fall von Diskriminierung brauchen Organisationen klare Strukturen der Sanktion. Beispielsweise aus den Erfahrungen der Jugendfeuerwehr berichten Teilnehmende, dass man dort sofort handle und beispielsweise mit disziplinarischen Verfahren auf Fremdenhass reagiere.
- **Förderung unterrepräsentierter Gruppen:** Weiter müsse Engagement für unterrepräsentierte Gruppen attraktiver gestaltet werden, wie durch konkrete finanzielle Förderung post-migrantischer Engagement-Initiativen. Gerade für Benachteiligte sei es wichtig, eine Niedrigschwelligkeit für den Start ehrenamtlicher Tätigkeiten zu schaffen, auch durch finanzielle Förderungen oder Aufwandsentschädigung.
- **Verantwortung von Schulen:** Schulen hätten in der Prävention und im Engagement gegen Extremismus eine wichtige Rolle. Wichtig sei, dass fremdenfeindliche Rede oder Taten an Schulen sofort thematisiert würden und Gegenrede geleistet wird oder auch Sanktionen folgen. Gerade jene, die nicht selbst Opfer von Diskriminierung werden, müssten sich zu Wort melden, dabei aber stets beachten, dass sie nicht für Betroffene sprechen, sondern diese lediglich unterstützen können. Die Teilnehmenden sehen bei Lehrenden als indirektes Vorbild eine wichtige Funktion. Im Sinne des Neutralitätsgebots und einer unparteiischen Vermittlung von Lehrinhalten sind Lehrende angehalten, nach freiheitlich demokratischer Grundordnung



zu unterrichten. Fremdenhass und Diskriminierung sollten im Unterricht daher keinen Platz finden.

**Forderung 5: Politische Mitsprache von jungen Menschen muss auf Augenhöhe geschehen. Es braucht neue Instrumente und Vernetzung für mehr Beteiligung von jungen Menschen.**

Die jungen Engagierten beschreiben ihre Erfahrung, dass selbst langatmiges und zeitaufwendiges Engagement mit politischem Bezug häufig von Politiker\*innen nicht wahrgenommen werde. Selbst wenn sie in ihrem Engagement gesehen werden, würden daraus keine Handlungs-Konsequenzen folgen. Generell überwiege das Gefühl, dass junges Engagement abgetan wird, jungen Menschen Expertise abgesprochen wird und Jugendbeteiligung generell in der Politik nicht wirklich gewollt ist. Ein zentraler Schritt sei zunächst das Wahlrecht auf 16 Jahre herabzusetzen, um auch in der parlamentarischen Politik die Stimmen von jungen Menschen gleichberechtigt abzubilden. Weiter sollten Engagementorganisationen einer Jugendquote unterliegen, die sicherstellt, dass jene Entscheidungen, die besonders junge Generationen betreffen auch zu einem substantiellen Anteil von diesen mitentschieden werden. Hier können sich die jungen Menschen auf die UN Kinderrechtskonvention beziehen, die schon seit 1989 besagt, dass Kinder ihre Meinung frei äußern dürfen und bei allen Themen, die sie berühren, berücksichtigt werden müssen.<sup>1</sup>

Dies zeige sich konkret darin, dass bestehende Jugendbeiräte zu wenig finanzielle Mittel haben, da junge Menschen oft noch keine eigenen Einkünfte und insgesamt kaum Vermögen, um selbst Beschlossenes umzusetzen. Dazu nehme man aber keine Rechenschaftspflicht seitens der regierenden Politik wahr. Trotz allen bestehenden Ansätzen, fehlen den Teilnehmenden Strukturen in denen man sich wirklich beteiligen kann. Politische Beteiligungsstrukturen für junge Menschen müssten stärker deren Realitäten angepasst werden - vor allem auch zeitlich und räumlich, da Schulpflicht, Ausbildungen und Studium sowie eine eingeschränkte Mobilität oft zu Hürden der Beteiligung werden, sofern sie organisatorisch keine Berücksichtigung finden.

---

<sup>1</sup> UN Kinderrechtskonvention von 1989, Artikel 12: Berücksichtigung des Kindeswillens

(1) Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.

(2) Zu diesem Zweck wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden.

siehe: <https://www.unicef.de/informieren/ueber-uns/fuer-kinderrechte/un-kinderrechtskonvention>

## Die Idee:

**Netzwerk junges Engagement:** Die Teilnehmenden plädieren für eine Förderung, die Vernetzung von Organisationen im jungen Engagement ermöglicht. Sie fordern hauptamtliche Stellen (besetzt mit jungen Engagierten), die als Anlaufstelle die Vernetzung der jungen Engagementszene vorantreibt, Projekte und Veranstaltungen koordiniert und kollektive Meinungsbildungsprozesse organisiert. Diese könnten sich beispielsweise in regelmäßigen Positionspapieren des Netzwerkes niederschlagen. Diese Vernetzung würde sicherlich auch dabei helfen, das Engagement von jungen Menschen zu professionalisieren und klare Positionierungen sichtbar werden zu lassen, die im politischen Diskurs anschlussfähig sind.

Unterstützende Ideen:

- **Jugendrat:** Eine weitere Forderung ist die Einrichtung eines Jugendrates, der lokal auf Länderebene und ebenso auf Bundesebene in das politische System integriert wird. Der Jugendrat soll nicht - wie bestehende Initiativen in der Wahrnehmung der Teilnehmenden - eine Scheinbeteiligung darstellen, sondern für die Politik verbindliche Einflussnahme haben.
- **Zugang durch einfache Sprache:** Eine Möglichkeit, mehr Austausch zwischen Jugend und Politik zu ermöglichen liegt in der Verwendung klarer und verständlicher Sprache für politische Prozesse und Debatten. Allein komplizierte Sprache ist für viele junge Menschen eine Hürde zur aktiven Beteiligung.
- **Einbeziehung in Berichtsarbeit:** Die Teilnehmenden begrüßten ihre Mitsprache und Einbeziehung in die Arbeit des Engagementberichts. Sie halten es für wichtig, sicherzustellen, dass in allen Bundesberichten, die die Themen der Jugend berühren - wie beispielsweise auch den Jugendbericht - junge Menschen in die Berichtsarbeit einbezogen werden.